

Leseprobe aus:
Markus Marterbauer
Angst und Angstmacherei



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf
www.hanser-literaturverlage.de

© 2022 Paul Zsolnay Verlag Ges.m.b.H., Wien





Markus Marterbauer
Martin Schürz

ANGST UND ANGST- MACHEREI

Für eine Wirtschaftspolitik,
die Hoffnung macht

Paul Zsolnay Verlag

Mit freundlicher Unterstützung der Kulturabteilung
der Stadt Wien, Literatur und Wissenschaft



1. Auflage 2022

ISBN 978-3-552-07311-1

© 2022 Paul Zsolnay Verlag Ges. m. b. H., Wien

Satz: Nadine Clemens, München

Autorenfotos: © Arbeiterkammer, © Luiza Puiu

Umschlag: Anzinger und Rasp, München

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany



MIX
Papier | Fördert
gute Waldnutzung
FSC® C083411

INHALT

HOFFNUNG GEGEN ANGST 9

ANGST UND WIRTSCHAFTSPOLITIK 21

Prägende Kindheitsängste 25 | Liberalismus der Furcht 29 | Allgegenwärtige Statusängste 34 | Versagensangst durch Leistungsfetischismus 38 | Wirtschaftspolitik der Angstmacherei 40 | Angstmindernde Wirtschaftspolitik 46

SOZIALSTAAT MINDERT ÄNGSTE 56

Solidarität im Sozialstaat 60 | Meilensteine sozialen Fortschritts 63 | Gesundheit für alle 66 | Bessere Pflege ist teuer, aber finanzierbar 72 | Bessere Arbeitsbedingungen für Pflegende 73 | *Die Ausbeutung der 24-Stunden-Betreuer:innen (Gespräch mit Flavia Matei)* 80 | Sichere Pensionen 86 | Versicherungsschutz für Selbständige 94 | Steigende Sozialausgaben erhöhen das Wohlergehen 96

SINNERFÜLLTE ERWERBSARBEIT 99

Spaltung am Arbeitsmarkt: gute neben schlechten Jobs 102 | Arbeitskräftemangel: Voraussetzung für bessere Jobs 107 | Arbeitslosenversicherung gegen Armut 111 | Vollbeschäftigung bleibt zentrales Ziel 116 | Gute Jobs 121 | *Meine Sinnstiftung erfolgt durch Arbeit (Gespräch mit Constantin Wulff)* 122 | Arbeitszeitverkürzung für mehr Freiheit 127

LÖHNE, VON DENEN MAN LEBEN KANN 132

Wo die Working Poor arbeiten 132 | Hohe Mindestlöhne gegen Erwerbsarmut 137 | Gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland: Licht und Schatten 140 | Konsens in der Wissenschaft: Mindestlöhne helfen 143 | Mindestlöhne in Österreich: Kollektivvertragspolitik 147 | Enorme Unterschiede bei Löhnen 150 | Ringen um eine Mindestlohnrichtlinie der EU 154

EINE POLITIK FÜR NULL ARMUT 158

Kinder sind arm, weil ihre Eltern arm sind 159 | Gute Jobs und Sozialstaat mindern Armut 164 | *Massive Überforderung armer Kinder (Gespräch mit Trude Bogyi)* 168 | Bedarfsorientierte Mindestsicherung als zusätzliches soziales Netz 172 | Jobgarantie für Langzeitarbeitslose 177 | Neue soziale Öffnung des Bildungssystems 181 | Energiearmut verhindern 185

ANGST VOR DEM UNBEHAUSTSEIN 187

Miete oder Eigentum? 191 | *Kinder der Vorstadt (Gespräch mit Markus Netter)* 195 | Obergrenzen bei Mieten 204 | Wohnungen sollen kein Anlageobjekt sein 211 | Wohnen wird zur neuen sozialen Frage 213

ZUR FERNEN WELT DER MILLIARDÄRINNEN UND MILLIARDÄRE 215

Vermögen: Was ist das? 217 | Vermögensungleichheit 220 | Quellen des Vermögens: sparen oder erben? 226 | Sozialstaat oder Eigentümer:innengesellschaft? 228 | Angstbesetzte Eigenheime 232 | Unterstützungsstaat für Überreiche 239 | Ängste und Angstabwehr beim Vermögen 244 | *Es geht ums Aushalten (Gespräch mit Marlene Engelhorn)* 247

VERMÖGENSSTEUER STÄRKT SOZIALSTAAT UND DEMOKRATIE 255

Eine Geschichte des Misserfolgs 256 | Ein »Damoklesschwert« für Unternehmerfamilien? 258 | Vermögensverteidigungsindustrie und ihre Fabeln 264 | Wer ist von welchen Steuern betroffen? 271 | Ist eine Vermögenssteuer umsetzbar? 274 | Steuervermeidung und Freibeträge 279 | Besteuerung von Unternehmenseigentum unumgänglich 284 | Besteuerung von Grund und Boden notwendig 286 | Vermögende für Steuergerechtigkeit 289 | Eine erfolgsversprechende Vermögenssteuer für Österreich 292

ERBSCHAFTSSTEUER: ANGST VOR DEM TOD ODER FURCHT VOR EINER BAGATELLE? 295

Ängste beim Erben 297 | *Zur Unfreiheit der Reichen (Gespräch mit Tarik Hussein)* 300 | Zur Leistung von Erb:innen 306 | Erbschaftssteuer und Familienwerte 316 | Tod und Vertröstung 319 | Eine progressive und substanzielle Erbschaftssteuer 323

GRENZEN GEGEN DIE ANGST 328

Wirtschaftspolitik der Untergrenzen 335 | Mindestlöhne, von denen man gut leben kann 339 | Mindeststandards in Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung 341 | Gesellschaftliche Inklusion 346 | Grenzenlosigkeit des Vermögens 348 | Grenzen durch Steuern 351 | Grenze zwischen Eigentümer:innen und Eigentumslosen 352 | Obergrenze in Form eines Maximalvermögens 359 | Eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht 370

LITERATURVERZEICHNIS 375

HOFFNUNG GEGEN ANGST

Angst trifft die Menschen in Zeiten von Pandemie und Krieg unvermittelt. Der mit den hohen Energiepreisen verbundene markante Anstieg der Lebenshaltungskosten verschärft die ohnehin schwierige soziale Lage der Armen und der unteren Einkommensgruppen eklatant. Einschränkungen der Kaufkraft sind bis weit in die Mitte der Gesellschaft spürbar. Unter den Auswirkungen des Klimawandels, der zunehmenden sozialen Ungleichheit und der vielfältigen gesellschaftlichen Spaltungen leiden tendenziell alle. Doch die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich nicht für alle. Es gibt auch einige, die viel gewinnen.

Die fünf Tech-Riesen Apple, Microsoft, Tesla, Amazon und Alphabet erzielten allein im Jahr 2021 einen Gewinn von 271 Milliarden Dollar, um 40 Prozent mehr als 2019. Die zehn reichsten Milliardäre der Welt besitzen etwa gleich viel Vermögen wie die ärmsten 40 Prozent der Menschheit. Allein Amazon und Google gaben in den ersten drei Monaten des Jahres 2022 7,5 Millionen Dollar für offenes Lobbying in der US-Politik und vermutlich noch mehr an indirekten Zahlungen aus. Die indische Ökonomin Jayati Ghosh von der Universität Massachusetts nimmt diese Zahlen zum Anlass, eine Besteuerung der *Übergewinne* dieser »Vampirgesellschaften« und des *Überreichtums* der Milliardär:innen zu verlangen (Ghosh 2022). Während die einen viel zu wenig haben, um halbwegs gut leben zu können, haben die anderen viel zu viel. Sie haben nicht nur zu viel an Gewinnen und Vermögen, sondern auch ein Übermaß an Macht, welche sie in Wirtschaft, Medien und Politik einsetzen, um die Gesellschaft zum eigenen Vorteil und zum Nachteil der großen Mehrheit zu lenken.

In der Wirtschaftsforschung schlägt sich diese gesellschaftliche Herausforderung bislang kaum nieder. Die Gleichzeitigkeit von Bedrohung der einen und wachsendem Überreichtum der anderen, von einem Viel-zu-Wenig und einem Viel-zu-Viel, von wirtschaftlichem Erfolg und sozialer Polarisierung wird negiert. Sie wäre mit gesellschaftspolitischen Wertungen verbunden, und diese werden in den Wirtschaftswissenschaften nur ungern einbekannt. Politik wird verächtlich gemacht und dabei übersehen, dass bereits die Entscheidung, zu welchen Themen geforscht und welchen Fragestellungen nicht nachgegangen wird, auch auf subjektiven Wertungen der Forschenden basiert. Viele Ökonominen und Ökonomen ziehen sich in eine vermeintlich unpolitische Modellwelt des allgemeinen Gleichgewichts zurück und treffen ad hoc Annahmen zum Verhalten von Menschen. Damit tragen sie zur Verteidigung eines fragwürdigen gesellschaftlichen Status quo bei, weil die eminenten Fragen nach Gerechtigkeit, sozialer Sicherheit, sinnerfüllter Arbeit und Freiheit keine Rolle spielen. Eine Auseinandersetzung mit den Ängsten und Hoffnungen der Leute passt nicht in ihre Denkkategorien. Die Wirtschaftsforschung negiert allzu oft die Möglichkeit der Gesellschaftsveränderung und ihren möglichen Beitrag dazu.

In den Anfängen der modernen Ökonomie war das nicht so. Für Adam Smith, David Ricardo, Karl Marx und John Stuart Mill, die großen Begründer der klassischen Ökonomie des 18. und 19. Jahrhunderts, war es selbstverständlich, Analysen der wirtschaftlichen Zusammenhänge in Kombination mit philosophischen und moralischen Überlegungen zu verfolgen. Sie scheuten keine Werturteile. Heute sind es die Franzosen Thomas Piketty, Gabriel Zucman, der Amerikaner Dani Rodrik oder die Bulgarin Stefanie Stantcheva und viele ihrer Kolleg:innen, welche die Erforschung unseres Wirtschaftssystems mit Fragen der politischen Veränderbarkeit und konkreten Vorschlägen zu gesellschaftlichen Reformen verknüpfen.

Gesellschaftskritische Ökonomie sieht sich nicht als Naturwissenschaft, sondern als Teil der Sozialwissenschaften. Sie leistet eine Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse und zielt auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, vor allem der Benachteiligten. Das ist mit expliziten normativen Wertungen verbunden: Eine deutliche Verringerung der Vermögensbestände der Reichen würde eine effektive Bekämpfung von Armut ermöglichen. Die Einschränkung der individuellen Mobilitätswünsche vom Kurzausflug in den Weltraum bis zum Ankerplatz der Luxusyacht kann ein kleiner Teil des Kampfes gegen den Klimawandel sein.

Wir legen in diesem Buch vorab unsere gesellschaftspolitischen Ziele offen: soziale Gerechtigkeit, Unantastbarkeit der menschlichen Würde, hohe Lebensqualität und mehr Freiheit für alle. Wir stehen in den sozialen Auseinandersetzungen auf der Seite der sozial Benachteiligten und der von Ängsten gequälten Menschen.

»Wenn man die Welt ändern will, muss man die Wirtschaft ändern«, meinte der große österreichische Ökonom Kurt Rothschild. Gesellschaftskritische Ökonomie zielt daher auf konkrete wirtschaftspolitische Vorschläge, die Leid reduzieren und Ängste mildern, die die Lebensbedingungen der Armen und der arbeitenden Bevölkerung verbessern, die Sicherheit geben und Vertrauen schaffen, die einen angstfreien und solidarischen Zusammenhalt in der Gesellschaft fördern und aus denen Hoffnung und Freiheit entstehen können.

Wir halten jedoch nichts von der in der Wirtschaftsforschung weit verbreiteten Attitüde paternalistischer Problemlösung. Forschungsergebnisse verweisen auf Probleme, aber sie weisen noch nicht den Weg zur Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Lebensprobleme. Zu schnell geht es manchen Expertinnen und Experten darum, Anreize für die Arbeitsaufnahme durch Leistungskürzungen festzulegen oder mittels »kleiner Stupser« die Menschen zu einem adäquaten Verhalten zu dirigieren. Soziale Fragen

sind jedoch meist komplex, und wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse fallen nicht mit den konkreten Lebenserfahrungen der Leute zusammen. Wissenschaftliche Erkenntnis kann nicht einfach in lebensweltliche Orientierung übersetzt werden. Wirtschaftspolitische Empfehlungen müssen stets im historischen und sozialen Kontext reflektiert werden. Interessengegensätze und ungleiche Verteilung von politischer und ökonomischer Macht sind zentral. Gerade die so gerne mit wissenschaftlicher Gewissheit vorgebrachten Empfehlungen der ökonomischen Fachleute erfüllen uns immer wieder mit Skepsis. Ihnen fehlt allzu oft die kritische Reflexion der Grenzen des eigenen Fachwissens und der implizit vorhandenen persönlichen Werturteile.

Die Wirtschaftspolitik ist heute von der Idee bestimmt, dass Verhaltensanreize Menschen in die richtige Richtung lenken sollen. Wir sehen das kritisch. Denn in der Praxis bedeutet das eine Erhöhung des wirtschaftlichen Drucks und der sozialen Not. Die neoliberale Idee eines degressiven Arbeitslosengeldes, das den Sozialtransfer mit der Dauer der Arbeitslosigkeit absenkt, soll Anreize zur Aufnahme von Arbeit setzen. In der Realität zwingt sie Menschen entweder zur Annahme mieser Jobs, von denen sie nicht leben können, oder verschärft die ohnehin horrende Armut unter den Arbeitslosen. Die Menschenverachtung dieser Ideen ist offensichtlich. Sie stammen aus dem Laboratorium ökonomisch bessergestellter Eliten, die sich weder mit den Lebensrealitäten der Armen noch jenen der Beschäftigten auseinandergesetzt haben. Das fundamentale Recht auf politische Gleichheit würde bedeuten, dass die Benachteiligten an politischen Entscheidungen tatsächlich teilhaben. Sie hätten dann etwa auch die Chance, Verhaltensanreize für die Reichen zu formulieren. Die Wirtschaftswissenschaft müsste jedenfalls bereit sein, vernachlässigte Themen wie Elend und soziale Beschämung, Angst und Furcht einer demokratischen Befassung zuzuführen.

Wir betrachten die Ängste und Hoffnungen der Leute in zwei unterschiedlichen Welten: in der des Einkommens und in der des Vermögens. In der Einkommenswelt lebt die überwiegende Mehrheit der Menschen von ihrem Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Arbeit. Nur sehr Reiche können von ihrem Einkommen aus dem Besitz an Aktien, Immobilien und Unternehmen leben. Arme, Arbeitslose und Pensionist:innen leben von Sozialtransfers. In der Einkommenswelt dominieren Lebenserfahrungen der Lohnarbeit. Die Löhne finanzieren den größten Teil des Sozialstaates. Die Schaffung des Sozialstaates war eine Antwort auf die Verwerfungen des Kapitalismus, auf die unvermeidbaren Gefahren des Lebens und die durch sie ausgelösten Ängste. Der Sozialstaat bedeutete enormen gesellschaftlichen Fortschritt. Doch es bestehen auch eklatante Schwächen und vielfältige Widersprüche. Viele Risiken im Leben werden durch das Sozialversicherungssystem abgedeckt. Hierzu zählen Unfälle und Krankheit ebenso wie die mit Lohnarbeit verknüpften Notlagen von Arbeitslosigkeit und einer mangelnden Absicherung im Alter. Soziale Dienste vom Kindergarten bis zur Gemeindewohnung erhöhen die Lebensqualität entscheidend. Doch andere Gefahren wie fehlende Pflegeversorgung, Armut trotz Erwerbsarbeit, Kinderarmut oder fehlende Versorgung bei psychischen Erkrankungen verlangen nach tiefgehenden Veränderungen im Sozialstaat.

Soziales Wohlergehen benötigt mehr als Geld. Die materiellen Lebensbedingungen sind wichtig, doch sie zählen nicht allein. Es ist das subjektive Lebensgefühl, das erst Zufriedenheit und Glück ermöglicht. Deshalb sind etwa die Almosen reicher Philanthrop:innen für Arme zwar vielleicht gut gemeint, doch von ihnen gehen keine Rechte und daher keine Sicherheit aus. Und allzu oft beschämen sie die Empfänger:innen tiefgehend. Ebenso kann ein politischer Zwang zur Lohnarbeit Menschen entwürdigen, und zwar nicht nur jene, die zu etwas Ungewolltem gezwungen werden, sondern auch jene, die den Zwang ausüben.

Neben der Welt von Einkommen und Sozialstaat steht die Welt des Vermögens. In ihr dominieren die Vorstellungen und Interessen von Überreichen, denn große Vermögen sind auf wenige konzentriert. Ihr Einfluss auf Wirtschaft, Politik und Kultur ist groß. Diese Schieflage in der gesellschaftlichen Machtverteilung gefährdet solidarische Lösungen der gesellschaftlichen Probleme und stellt in fundamentaler Weise die Demokratie in Frage. Der exorbitante Reichtum in der Gesellschaft zeigt, dass die Bewältigung der großen Krisen, von jener des Klimawandels bis zu jener der sozialen Ungleichheit, nicht an der Finanzierung scheitern müsste. Geld ist genug da. Der Sozialstaat ist nicht unfinanzierbar. Aber die Finanzierungsstruktur muss verändert werden. Armut kann beendet werden, aber die dafür notwendigen Verteilungskämpfe müssen geführt werden.

Miese Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne, anhaltende Arbeitslosigkeit, tiefe Kinderarmut, fehlende Gesundheitsversorgung und Pflegemisere im Alter sind nicht unvermeidlich. Exzessiver Reichtum und exzessive Privilegien der Reichen sind kein unvermeidbares *factum brutum*. In einer funktionierenden Demokratie ist die Einigung auf eine Begrenzung des Reichtums denkmöglich. Ein die Ängste mildernder Sozialstaat für alle kann geschaffen und weiterentwickelt werden. Die Ohnmacht der vielen angesichts der exorbitanten Macht der wenigen ist verständlich, aber ein Naturgesetz ist sie nicht. Eine gelebte Demokratie der Hoffnung und Angstbewältigung ist die relevante Einspruchsinstanz. In ihr wird es möglich, die vielfältigen und auch widersprüchlichen Interessen der Mehrheit zu einer solidarischen Reform des Wirtschaftssystems und der Gesellschaft zu formen.

Unsere wirtschaftspolitischen Überlegungen stellen die Lebenserfahrungen der Menschen in den Mittelpunkt. Wir gehen von subjektiven Wahrnehmungen aus und rücken Angst ins Zentrum unserer Überlegungen, weil diese das Leben der Menschen er-

schütter. Angst entsteht aus einem Ausgeliefertsein gegenüber den Interessen der Mächtigen, aus Armut und fehlender Absicherung. Angst stellt aber auch die elementare Voraussetzung für das Bestehen der Herrschaft der Mächtigen dar. Mit Angstmacherei werden die Armen und die Arbeitenden kleingehalten und zu einem bestimmten Verhalten genötigt.

Wir bauen unsere Überlegungen auf dem theoretischen Ansatz eines *Liberalismus der Furcht* der amerikanischen Politologin Judith Shklar auf. Daraus ergibt sich eine emanzipatorische Perspektive der Wirtschaftspolitik. Ihre Aufgabe ist es, zuallererst die Ursachen von Angst zu bekämpfen. Die Leute müssen in die Lage versetzt werden, wichtige Entscheidungen ohne Furcht zu treffen. Es geht deshalb um solidarische Begrenzungen, um Untergrenzen im Sozialstaat und Obergrenzen beim Privatvermögen, die die Menschen ermächtigen.

Wir setzen an den vielfältigen Verwerfungen der kapitalistischen Verhältnisse an und analysieren konkrete Erscheinungsformen von Ängsten. Wir loten das Veränderbare im Bestehenden aus. Deshalb ist der Horizont unserer Ideen zu den Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft innerhalb der kapitalistischen Grundordnung ein begrenzter.

Wir arbeiten Reformvorschläge aus, die an konkreten sozialen Problemen ansetzen. Unsere Ideen wollen erste Schritte nach vorne weisen. Sie sind *erweiterbar* und lehnen sich an das von Dani Rodrik und Stefanie Stantcheva entwickelte Modell einer »Politik für inklusive Prosperität« an. Dieses ermöglicht einen reformatorischen Zugang in unterschiedlichen Bereichen des Wirtschaftslebens und für unterschiedliche soziale Gruppen. Die Umsetzung einzelner Politikmaßnahmen ermöglicht nächste konkrete Schritte ebenso, wie sie eine Vision jenseits des kapitalistischen Rahmens erlaubt. So kann eine gesellschaftskritische Ökonomie eine fundamentale Veränderung der Gesellschaft zumindest denken.

Zukunftsoffenheit und Unabgeschlossenheit sind elementar. In der Geschichte findet sich keine unvermeidbare Entwicklung in eine bestimmte Richtung.

Das Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Kapitalismus ist evident. In einer liberalen Demokratie hat jede Bürgerin und jeder Bürger eine Stimme. Doch im Kapitalismus sind es die Menschen mit mehr Vermögen, welche den Gang der Geschichte beeinflussen. Einer Herrschaft von Überreichen, einer reichumsfreundlichen Politik und einer Verherrlichung marktradikaler wirtschaftspolitischer Positionen werden in diesem Buch Daten und Argumente entgegengesetzt. Dies tun wir jedoch ohne zu glauben, dass es in der Wirtschaftspolitik allein um einen machtfreien Wettstreit der besten Ideen geht. Fragen der Macht und ihrer Verteilung können in Politik und Gesellschaft niemals ausgeblendet werden.

Minouche Shafik, Direktorin an der London School of Economics and Political Sciences, skizziert in ihrem weltweiten Bestseller *Was wir einander schulden* die Konturen eines Gesellschaftsvertrags für das 21. Jahrhundert. Sie konstatiert: »Wir leben zunehmend in ›Du bist auf dich allein gestellt‹ Gesellschaften, eine Situation, die sich in politischer Wut, einer Epidemie psychischer Probleme und der Angst von Jung und Alt um ihre Zukunft niederschlägt.« (Shafik 2021, S. 247)

Um gesellschaftlichen Fortschritt zu erreichen, ist es heute unverzichtbar, die ökonomische, politische und kulturelle Macht der Überreichen zu brechen. Das kann nur gelingen, wenn der Schein der Ideologien, auf denen diese Macht aufbaut, durchbrochen wird. Es gilt die Vorstellung zu entzaubern, eine wirtschaftspolitische Förderung des Reichtums würde durch unsichtbare Mechanismen schlussendlich auch der arbeitenden Bevölkerung zugutekommen. Die Vorstellung einer »Trickle down economics« entpuppte sich als leeres Versprechen, das in Wahrheit nur eine

Besserstellung der Vermögenden im Auge hatte. Kulturell sind die Mären vom Reichwerden auf Basis von Leistung, Risiko und Innovation immer noch wirkungsmächtig. Politisch zielen die Freiheitsvorstellungen von Vermögenden und ihrer Vermögensverteidigungsindustrie auf eine Heiligsprechung von Privateigentum und eine Zurückdrängung demokratischer Anliegen. Doch die Vermögensmehrung basiert immer mehr auf Erbschaften und unlauteren Machenschaften. Vermehrt werden Steuerhinterziehungen, Klüngeleien und Korruption über Whistleblower und kritische Journalist:innen sichtbar gemacht.

Eine Wirtschaftspolitik der Hoffnung setzt auf Maßnahmen zugunsten der vielen und begrenzt den Reichtum der wenigen. Die Freiheit der vielen basiert auf sozialer Sicherheit durch Untergrenzen, Mindeststandards im Sozialen und Ökonomischen, sowie Obergrenzen bei Demokratiegefährdung durch Überreichtum. So ermöglicht sie ein selbstbestimmtes Leben.

Auch innerhalb der Erwerbsarbeit gilt es, mehr Momente der Freiheit zu eröffnen. Das kann die Mitbestimmung über die eigene Tätigkeit und den eigenen Arbeitsplatz ebenso betreffen wie die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit. Dabei geht es primär um das gesellschaftspolitische Ziel, mehr frei verfügbare Zeit für die wichtigen Dinge im Leben zu erreichen. Die Erwerbstätigkeit gewährt den Menschen heute nicht so viel an Freiheit, wie möglich wäre. Wäre Lohnarbeit für alle sinnerfüllt, dann wären die Zumutbarkeitsbestimmungen und Sanktionen des AMS nicht notwendig. Doch viele der Jobs, die heute wegen »Arbeitskräftemangel« nicht zu besetzen sind, bieten unzumutbare Arbeitsbedingungen, schlechte Löhne und inakzeptable Ausbeutungsverhältnisse. Wir zeigen, mit welchen Mitteln die Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt verändert, die Rechte und Potentiale von Arbeitslosen und Erwerbstätigen gestärkt werden können.

Der marxistische Psychoanalytiker Erich Fromm hat soziale Minimalrechte anschaulich beschrieben: Das Recht, welches jede

Besitzer:in eines Hundes oder einer Katze dem Haustier zugesteht, kann Menschen wohl kaum verweigert werden. Haustiere müssen keine Leistung nachweisen, um gefüttert zu werden (Fromm 1989a, S. 353). Alle Menschen haben das unveräußerliche Recht zu leben. Das umfasst auch ein Recht auf Wohnen und gesundheitliche Absicherung.

Ein emanzipatorischer wirtschaftspolitischer Ansatz hat eine klare Ausrichtung: Er will Angst mindern und Freiheitsräume erweitern. Das ermöglicht und verstärkt Hoffnungen auf ein besseres Leben. Von neoliberaler Seite wird suggeriert, bei Freiheit gehe es allein um den Abbau staatlicher Beschränkungen. Das ist historisch begründet, weil Freiheit gegen die Macht von absolutistischem Herrscher und Aristokratie erkämpft werden musste. Und es hat auch heute etwas für sich, wenn es um das Schikanieren der Beziehenden von Sozialhilfe geht, um die Behandlung der Bürgerinnen und Bürger als Bittsteller:innen auf staatlichen Ämtern, um autoritäre Anwendungen bei der Polizei und staatlichen Überwachungsapparaten, um Regulierungen der Märkte zugunsten der großen Konzerne. Freiheit für die Bevölkerung braucht mehr, sie hat Voraussetzungen. Ausreichendes Einkommen etwa durch Mindestlöhne, Sicherheit etwa durch eine Sozialversicherung, Versorgung mit den Basisdiensten etwa durch das soziale Gesundheits-, Bildungs- und Pflegesystem. Doch die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger wird heute von der Konzentration von Eigentum und Macht bei den Milliardär:innen gefährdet. Emanzipatorische Wirtschaftspolitik sucht Herrschaft zu überwinden, Selbstbestimmung an Stelle von Fremdbestimmung zu setzen und Unterdrückung nicht zu dulden. Das schafft Hoffnung auf ein besseres Leben.

Für dieses Buch haben wir Gespräche mit sechs Personen geführt. Diese bringen ihre eigene Weltsicht ein, berichten von ihrem gesellschaftlichen Engagement, ihren Hoffnungen und Ängsten.

Unsere Gesprächspartner und -partnerinnen zeigen auch Perspektiven auf, die quer zu unseren eigenen liegen. Damit ergänzen sie oder problematisieren sie unsere Sichtweisen. Aber in jedem Fall unterstreichen sie unsere Vorstellung von einem konstruktiven Miteinander von unterschiedlichen Gedanken und Handlungen. Auch wir als die beiden Autoren von *Angst und Angstmacherei* haben in manchen Fragen divergierende wirtschaftspolitische Ansichten und gesellschaftspolitische Überzeugungen. Aus diesen unterschiedlichen Positionen entstand beim Schreiben teils ein datenbegründeter Konsens und dann und wann auch ein reflektierter Dissens. Einhellige ökonomische Erkenntnis wäre sowieso schwierig, weil sie ein viel zu ambitioniertes Ziel in einer zerrissenen Gesellschaft ist. Die Bereitschaft, sich auf andere Menschen einzulassen und gelebte Widersprüche auszuhalten, ist von elementarer Bedeutung.

Unser beider Weltansichten, welche in dieses Buch einfließen, basieren auf vielerlei: Die akademische volkswirtschaftliche Ausbildung ist nur eine Quelle und sicher nicht die wichtigste. Die soziale Herkunft und Kindheitserfahrungen, unterschiedliche Temperamente, frühe Erfahrungen in manueller Lohnarbeit und mit dem Sozialstaat formten uns ebenso wie Arbeit in unterschiedlichen Institutionen und politisches Engagement. Alle diese persönlichen Aspekte unterscheiden uns auch im Alter voneinander.

Während der eine Autor des Buches durch postkeynesianische wirtschaftstheoretische Zugänge geprägt wurde, waren es beim anderen die Leseerfahrungen spätmarxistischer kritischer Theorie. Und während Ersterer als Berater der Wirtschaftspolitik die Sorgen und Interessen der arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt rückt, bewegen den anderen individuelles Leid, erfahren in seiner psychotherapeutischen Arbeit mit materiell armen und traumatisierten Kindern.

Beide fungieren wir seit langem als Experten in wirtschaftspolitischen Institutionen, und dort geht es uns um Präzision in

der Datenanalyse, faktenbasierte und rationale Begründung der wirtschaftspolitischen Positionen. Erkenntnisleitend ist für uns beide die schiefe Machtverteilung in der Gesellschaft, die Gleichzeitigkeit von Armut und schlecht bezahlter Lohnarbeit auf der einen und von immensem Reichtum bei wenigen auf der anderen Seite. Der deutsche Politikwissenschaftler Wolf-Dieter Narr meinte, Beruf müsse als »Eigen-Arbeit« verstanden werden, die ungeachtet nötiger Zeiten des Ausruhens das ganze Leben umfasst. »Die Fülle der Niederlagen erträgt nur derjenige, der die Widersprüche und Ambivalenzen nicht dichotomisch zerschlägt und der das eigene Konzept trotz aller Enttäuschungen bewahrt.« (Narr 1999, S. 37) Wir wollen uns diese Mischung aus paradoxer Hoffnung und konzisem Realitätssinn bewahren.

Angst und Angstmacherei ist vielen Menschen verpflichtet, die unser Denken vor und während der Entstehung dieses Buches geprägt haben. Sie werden im Buch angesprochen, allerdings haben wir uns bemüht, Zitate auf ein Minimum zu beschränken. Auch viele Wegbegleiter:innen und Freund:innen haben durch Kritik, Widerspruch und Ermutigung unsere Gedanken entscheidend beeinflusst. Ihnen danken wir und hoffen, dass mit unserem Buch ein Beitrag zu einem möglichen gesellschaftlichen Aufbruch gelingt.

ANGST UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

Menschen sind im Leben von unterschiedlichen Ängsten betroffen. Doch alle kennen wir Angst, sie ist Teil unseres Lebens. Angst zählt zu den negativen Grundemotionen neben Ärger, Traurigkeit, Verachtung und Ekel.

Während die Furcht sich auf konkrete Ereignisse und Gefahren bezieht, ist Angst diffuser. Sie beschreibt eine Grundstimmung, sie meint ein Gefühl der Bedrohung. Der marxistische Philosoph Ernst Bloch schrieb im Vorwort zu seinem Hauptwerk *Das Prinzip Hoffnung*: »Viele fühlen sich nur als verwirrt. Der Boden wankt, sie wissen nicht warum und von was. Dieser Zustand ist die Angst, wird er bestimmter, so ist er Furcht.« Furcht hat man etwa vor einer drohenden Kündigung und einer zu erwartenden De-logisierung. Angst ist unbestimmter. Menschen haben Angst vor dem Tod, aber sie ängstigen sich auch vor Herausforderungen des Lebens.

Die Gefühle der Menschen sind für die wirtschaftliche Entwicklung von enormer Bedeutung. Wer einen Job hat, aber um sich herum einen Anstieg der Arbeitslosigkeit wahrnimmt, kann furchtsam werden. Menschen beginnen dann möglicherweise aus Vorsicht zu sparen.

Das sogenannte *Angstsparen* verringert die Nachfrage nach Gütern, damit sinkt auch deren Produktion und so auch die Beschäftigung. Angst vor Arbeitslosigkeit kann auf diese Weise selbst Arbeitslosigkeit schaffen.

Daher sind Ängste, ob sie nun eine Reaktion auf eine reale oder nur auf eine vermeintliche Bedrohung bilden, wichtig für die Wirtschaftspolitik. Sie motivieren das Verhalten von Menschen.

Angst kann zu Flucht, zu Aggression, zu einem Kleinmachen, zum Verstecken oder schlussendlich zur Resignation führen.

Neben der Angst sind viele andere Gefühle in wirtschaftlichen und politischen Belangen von Bedeutung: Gier und Neid sind wohl die bekanntesten. Aber auch Großzügigkeit, Solidarität und Mitleid spielen eine wichtige Rolle für die Verfassung der Gesellschaft. Doch es ist Angst, welche elementar für die Menschen ist. Zudem zählt Angst zu jenen Gefühlen, die funktional für die Erhaltung von Herrschaft sind. Mächtige erzeugen Angst, um ihre Herrschaft zu sichern. Bereits Niccolò Machiavelli hat in *Der Fürst* die Wichtigkeit der Furcht der Untergebenen für den Fürsten betont. Für den Herrscher ist es viel »sicherer gefürchtet, als geliebt zu werden« (Machiavelli 2013, S. 116). Die Angst der Untertaninnen und Untertanen erschwert ihr Aufbegehren. Nicht umsonst heißt es, dass Angst lähmt. Herrschaft lebt von Angst, und sie lebt gut davon. Auch der demokratische Staat verbreitet in bestimmten Bereichen unseres Lebens bewusst Angst, mag sein Versprechen auch lauten, Angst zu nehmen.

Martha Nussbaum hat in *Königreich der Angst* die mit Angst verbundenen Gefahren für die Demokratie betont. Ihre Kernthese lautet: Angst bedrohe die Demokratie mehr als jedes andere Gefühl. Sie sei primitiv und asozial. Angst verbinde sich mit Gefühlen wie Zorn, Ekel und Neid und führe zu Vereinzelung der Menschen. Angst werde zu einem politischen Gift. Die Ängstlichen werden in dieser Lesart abgewertet.

Wir wollen Angst nicht vorab moralisch stigmatisieren, sondern uns geht es darum, sie ernst zu nehmen und nach Möglichkeiten der Angstminderung zu suchen (Bude 2014, 2021, Baumann 2018). Daher müssen wir die Frage umkehren: Wie soll eine Demokratie mit den vorhandenen Angstgefühlen der Bürgerinnen und Bürger umgehen? Und spezifischer formuliert: Wie soll Wirtschaftspolitik den vielfältigen Ängsten in der Bevölkerung begegnen?

In Industrieländern ist mehr als ein Viertel der Bevölkerung von Angststörungen und Depressionen betroffen (OECD 2021a, S. 124). Angststörungen sind pathologische Angstformen, die einer therapeutischen Behandlung bedürfen. Sie treten bei vielen Erwachsenen wenigstens einmal in ihrem Leben auf, oft gemeinsam mit schweren Depressionen. Zu den Angststörungen zählen phobische Störungen (F.40 nach der ICD-10-Diagnostik), wie soziale Phobie, Agoraphobie und spezielle Phobien (etwa Klausrophobie oder Tierphobie). Daneben gibt es Panikstörungen und generalisierte Angststörungen (F.41 nach der ICD-10-Klassifikation). Die Ersteren treten plötzlich auf, dauern aber nur kurz an. Eine generalisierte Angststörung dauert hingegen mindestens sechs Monate und kann objektlos sein, das heißt, sie unterscheidet sich klar von Furcht. Die Unterscheidung zwischen psychiatrischen Klassifikationen zu Angststörungen und den geläufigen Angstgefühlen bei Bedrohung kann fließend sein. Bei Depressionen sprechen wir von affektiven Störungen (F.32 nach der psychiatrischen ICD-10-Diagnostik), wo sich die Stimmungslage verschlechtert. Der Antrieb der Menschen sinkt und auch deren Aktivitätsniveau. Die Fähigkeit zur Freude wird schwächer, das Interesse wird geringer, und die Müdigkeit steigt. Oft ist dies mit Angst verbunden.

Die Covid-19-Pandemie trug zu einem Anstieg von Angststörungen und Depressionserkrankungen in besonderem Ausmaß bei. In manchen Ländern verdoppelte sich die Zahl der Betroffenen, so etwa in den USA, Großbritannien und Italien. In Österreich fiel dieser Anstieg noch deutlicher aus (siehe OECD 2021b, S. 4). Jason Schnittker schreibt in *Unnerved* von einem Zeitalter der Angst, welches einem Zeitalter der Depression folge. Dominierten im späten 20. Jahrhundert besonders die psychiatrischen Diagnosen schwerer Depression, so kommen nun verstärkt Befunde von Angsterkrankungen hinzu.